

Umweltschutz und Abstimmungsverhalten

Autor(en): **Grossen, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft**

Band (Jahr): **21 (1981)**

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-172244>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

UMWELTSCHUTZ UND ABSTIMMUNGSVERHALTEN

von Andreas Grossen

lic. rer. pol.

Assistent am Forschungszentrum
für schweizerische Politik, Universität Bern

Der vorliegende Aufsatz versucht herauszufinden, ob bei Abstimmungen über Umweltschutz-Initiativen die eher traditionellen Abstimmungskonfliktfronten auftreten oder ob sich ein Einfluss des sogenannten postmaterialistischen Wertsyndroms aufzeigen lässt. Ist überhaupt das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen bei allen Umweltschutz-Vorlagen einheitlich? Schliesslich wird versucht aufzuzeigen, wie diese zur Abstimmung gelangten Initiativen mithelfen, den Problembereich Umweltschutz ins System der semi-direkten Demokratie zu integrieren.

Ce travail se propose de voir si les initiatives populaires relatives à la protection de l'environnement ont donné lieu à des scrutins aux clivages politiques traditionnels ou ont été plutôt influencées par des valeurs de type "post-matérialiste". Le vote des groupes caractérisés a-t-il été identique lors de chaque consultation? Finalement on s'est efforcé d'étudier, à travers ces quatre initiatives, l'intégration ou non de la problématique de l'environnement dans le système de la démocratie semi-directe.

I. Einleitung

Forderungen nach Umweltschutz gehören zu den sogenannten postmaterialistischen Werten. Inglehart¹ glaubt, aufgrund von Umfrageergebnissen in westlichen Industrieländern einen grundlegenden Wertwandel feststellen zu können, deren Träger er Postmaterialisten nennt. Lehner² hingegen glaubt nicht an einen grundlegenden Wertwandel und erwähnt Indizien, die darauf hinweisen, dass postmaterialistische Werte unter günstigen ökonomischen

1 Ronald Inglehart, *The Silent Revolution*, Princeton 1977, S. 00.

2 Franz Lehner, *Grenzen des Regierens*, Königstein/Ts. 1979, S. 74.

Bedingungen zwar eine hervorragende Rolle spielen, aber bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wieder in den Hintergrund treten. Da denkt man natürlich an die Bedürfnishierarchie von Maslow. Hinweise auf einen Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung findet man auch bei Giger³. Unbestritten ist, dass postmaterialistische Werte politische Auswirkungen haben und zwar insbesondere auf die Interessenvermittlung durch die Parteien⁴. So stellt Giger⁵ für Umweltschutzprobleme ein Repräsentationsdefizit bei allen Parteien fest, wobei dieses für die Parteipräferenzen (noch) bedeutungslos ist. Dieses Repräsentationsdefizit der politischen Parteien hat dazu geführt, dass Umweltschutz-Forderungen durch eidgenössische Initiativen Nachdruck verliehen wurde.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, das Stimmverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen über Umweltschutz-Probleme aufzuzeigen. Anschliessend wird untersucht, wie hoch die Betroffenheit bei diesen war und schliesslich die Legitimität des politischen Systems in den Augen der Stimmbürger differenziert ausgeleuchtet. Ausgangspunkt bildet das Datenmaterial, das im Verlauf der letzten vier Jahre im Rahmen der VOX-Analysen nach jeder eidgenössischen Abstimmung erhoben wurde.⁶ Aus den bis heute untersuchten 41 Abstimmungsvorlagen musste zunächst eine Auswahl getroffen werden: es galt, diejenigen zu identifizieren, die dem Problemkreis Umweltschutz zuzuordnen sind. Es konnten vier solche bezeichnet werden:

- Albatros (Volksinitiative gegen Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge) vom 25. September 1977
- Volksinitiative „Demokratie im Nationalstrassenbau“ vom 26. Februar 1978
- Burgdorfer Initiative (12 autofreie Sonntage) vom 28. Mai 1978
- Atominitiative vom 18. Februar 1979

Die vier Vorlagen stellen insofern eine homogene Gruppe dar, als es sich bei jeder um eine Initiative handelt.

3 Andreas Giger, Umweltpolitisches Bewusstsein und Partizipation, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, Vol. 6 Nr. 3 1980, S. 450.

4 Lehner, a. a. O., S. 74.

5 Giger, a. a. O., S. 452–453.

6 Seit März 1977 wird nach jeder eidgenössischen Abstimmung ein repräsentatives Sample von etwa 700 Stimmbürgern befragt. Es werden persönliche Interviews in der deutschen und französischen Schweiz mit Hilfe von Fragebögen gemacht. Die Auswahl erfolgt nach einem kombinierten Random/Quota-Verfahren. Bei einer Merkmalsverteilung von 80/20 muss mit für eine reine Zufallsstichprobe mit einer Standardfehlermarge von ± 3 Prozent gerechnet werden. Die Ergebnisse wurden unter dem Titel *VOX, Analyse der eidgenössischen Abstimmung* . . . publiziert.

II. Das Stimmverhalten

Die folgenden Untersuchungen über das Stimmverhalten basieren auf Diskriminanzanalysen. Zu jeder Umweltschutz-Vorlage wurde eine solche durchgeführt. Tabelle 1 enthält die Ergebnisse. Die Reihenfolge, in der die unabhängigen Variablen aufgeführt sind, entspricht ihrem relativen Erklärungsgehalt. Dieser wurde durch die standardisierten Diskriminanz-Funktions-Koeffizienten ermittelt. Für die Gesamtheit der Urnengänger hat die Parteisympathie⁷ nur in einem Falle (Atominitiative) einen bedeutenden Erklärungsgehalt für das Stimmverhalten. Was hingegen auffällt, ist die Tatsache, dass die Variable Schulbildung als einzige immer unter den drei wichtigsten Variablen figuriert. Dies könnte auf einen Einfluss des Postmaterialismus-Syndroms hinweisen, denn wie Tabelle 2 zeigt, weisen die

Tabelle 1: Die unabhängigen Variablen des Stimmverhaltens bei Umweltschutz-Initiativen

Abstimmungsvorlage	Variablen, in der Reihenfolge ihres Erklärungsgehalts	Kanonischer Korrelationskoeffizient	Signifikanzniveau
<i>Für die Gesamtheit der Urnengänger:</i>			
Albatros	Siedlungsart, Lebensstandardklasse, Schule, Parteisympathie, Konfession, Alter	0.29	0.0000
Demokratie im Nationalstrassenbau	Schule, Sprachgruppenzugehörigkeit, Konfession, Geschlecht, Parteisympathie	0.21	0.0033
12 Autofreie Sonntage	Sprachgruppenzugehörigkeit, Schule, Geschlecht, Parteisympathie, Konfession	0.20	0.0042
Atominitiative	Parteisympathie, Sprachgruppenzugehörigkeit, Schule, Geschlecht, Lebensstandardklasse, Siedlungsart, Konfession	0.27	0.0000
<i>Für diejenigen Urnengänger, die eine Parteisympathie angeben:</i>			
Albatros	Parteisympathie, Siedlungsart, Konfession, Lebensstandardklasse, Schule, Alter	0.43	0.0000
Demokratie im Nationalstrassenbau	Parteisympathie, Schule, Geschlecht	0.22	0.0110
12 autofreie Sonntage	Parteisympathie, Sprachgruppenzugehörigkeit, Schule, Siedlungsart, Geschlecht	0.24	0.0060
Atominitiative	Parteisympathie, Sprachgruppenzugeh.	0.38	0.0000

⁷ Die entsprechende Frage lautet: „Auf dieser Karte stehen die im National- oder Ständerat vertretenen Parteien. Welche von diesen Parteien entspricht in den Zielen und Forderungen am ehesten Ihren eigenen Ansichten und Wünschen?“

höheren Bildungskategorien, unter denen eher Postmaterialisten zu erwarten sind⁸, höhere Zustimmungsraten auf als die tieferen. Bereits in der Einleitung wurde festgehalten, dass alle Parteien bezüglich Umweltschutz ein Repräsentationsdefizit aufweisen. Um dieses Problem weiter zu erhellen, wurde für diejenigen Urnengänger, die eine Parteisympathie angeben konnten, in einem zweiten Schritt je eine separate Diskriminanzanalyse durchgeführt. Die Ergebnisse sind ebenfalls in Tabelle 1 enthalten. Es zeigt sich, dass für jene Leute, die überhaupt eine Parteisympathie angeben können, die Parteisympathie, hier verstanden als Dimension Links-Rechts, den relativ grössten Erklärungsgehalt besitzt.

Tabelle 2 enthält die Ja-Stimmenanteile einzelner Merkmalsgruppen. Die bei der Befragung verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja-/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt (Bei allen Merkmalsgruppen mit wenigen Ausnahmen jeweils weniger als 10 Prozent). Die Parteisympathie ist bei denjenigen, die eine solche angeben können nicht nur die wichtigste unabhängige Variable, sie wirkte sich auch immer gleichgerichtet aus: Die Sympathisanten der bürgerlichen Parteien lehnten die Initiativen mit durchwegs mehr als 60 Prozent Nein-Stimmen am deutlichsten ab. SP-Sympathisanten brachten denselben Vorlagen immer am meisten Sympathie entgegen⁹. Diejenigen Befragten, die keine Parteisympathie angaben, liegen bezüglich ihrer Ja-Stimmenanteile zwischen den Anhängern der bürgerlichen Parteien und den SP-Sympathisanten. Eine Ausnahme bildet dabei die Abstimmung über die Einführung von zwölf autofreien Sonntagen vom 28. Mai 1978. Damals gab es von seiten derjenigen, die keine Parteisympathie angeben konnten, am zweitwenigsten Ja-Stimmen. Auch die Sprachgruppenzugehörigkeit sorgte bei der Burgdorfer-Initiative für anderes Stimmverhalten: Während die Romands den Umweltschutz-Initiativen generell positiver gestimmt waren, lehnten sie die zwölf autofreien Sonntage so deutlich wie sonst keine Merkmalsgruppe ab.

Abschliessend kann zu diesem Kapitel festgehalten werden:

- Für die Befragten, welche eine Partei-Vorliebe angeben konnten ist die Parteisympathie, verstanden als Dimension Links-Rechts die wichtigste unabhängige Variable.
- Das Stimmverhalten bei den vier Umweltschutz-Initiativen ist nicht einheitlich.

8 Joachim Raschke, Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/80, 6. September 1980, S. 42. Raschke meint, dass besonders Angehörige jener Gruppen als Protagonisten des neuen (Lebensweise-) Paradigmas auftreten, die durch Sozialisation und Interesse nicht direkt an das Marktsystem gebunden sind. Diese Leute sind in den oberen Bildungskategorien zu suchen.

9 Noch grössere Ja-Stimmenanteile gab es von seiten der Anhänger der Parteien links der SP, soweit diese bei der geringen Zahl der Fälle überhaupt fassbar sind.

Tabelle 2: Ja-Stimmenanteile einzelner Merkmalsgruppen bei vier Umweltschutz-Initiativen

Merkmalsgruppe	Albatros	Demokratie im Nationalstrassenbau	12 autofreie Sonntage	Atomschutz
Frauen	44	43	39	54
Männer	42	36	33	48
20–39jährige	42	43	39	53
40–64jährige	42	39	35	52
65–84jährige	49	33	32	44
deutsche Schweiz	42	36	40	47
Westschweiz	45	46	23	62
Stadt	52	40	37	53
Land	32	38	35	46
Katholiken	38	34	33	47
Reformierte	45	43	37	50
Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	37	35	32	45
Nicht leitende Angestellte/Beamte	51	44	45	53
Landwirte	26	25	34	49
Arbeiter	41	40	31	54
Primarschule	39	28	34	52
Sekundarschule	49	45	25	50
Berufs-, Gewerbeschule	35	36	35	45
Gymnasium/Technikum	65	48	49	60
Uni	54	63	44	67
CVP	25	36	38	37
FdP	23	26	24	33
SP	60	48	47	68
SVP	25	13	37	29
keine Parteisympathie	43	43	33	56
Stichprobe	44	39	36	51
effektives Abstimmungsresultat	39	39	36	49

Tabelle 3: Betroffenheit der Stimmbürger bei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen

Vorlage	Betroffenheit
13. 3. 77	4. Überfremdungsinitiative 3,9
	5. Überfremdungsinitiative 3,9
	Staatsvertragsreferendum (Init.) 3,0
	Staatsvertragsreferendum (Gegenv.) 3,2
12. 6. 77	Finanzpaket 5,3
	Steuerharmonisierung 5,0
25. 9. 77	Mieterschutz (Init.) 4,0
	Mieterschutz (Gegenv.) 3,3
	<i>Albatros</i> 5,1
	Unterschriftenzahl Referendum/Init. 4,7
	Fristenlösung 5,6
4. 12. 77	Reichtumsteuer 4,6
	Politische Rechte 4,0
	Ziviler Ersatzdienst 4,0
	Sparpaket 4,8
26. 2. 78	<i>Demokratie im Nationalstrassenbau</i> 4,3
	9. AHV-Revision 5,9
	Herabsetzung des AHV-Alters 5,1
	Konjunkturartikel 4,3
28. 5. 78	Zeitgesetz (Sommerzeit) 4,2
	Zolltarifgesetz 4,1
	Schwangerschaftsabbruch 3,9
	Hochschulförderung 4,1
	<i>12 autofreie Sonntage</i> 5,0
24. 9. 78	Gründung des Kantons Jura 4,5
3. 12. 78	Milchwirtschaftsbeschluss 3,6
	Tierschutzgesetz 4,5
	Bundessicherheitspolizei 4,8
	Berufsbildungsgesetz 4,3
18. 2. 79	Stimm- und Wahlrechtsalter 3,9
	Fuss- und Wanderwege 5,1
	Suchtmittelreklame 4,3
	<i>Atominitiative</i> 5,7
20. 5. 79	Bundesfinanzreform 5,0
	Atomgesetzrevision 5,0
2. 3. 80	Trennung von Kirche und Staat 4,8
	Landesversorgung 4,8
30. 11. 80	Gurtentragobligatorium 5,2
	Aufhebung Kantonsanteil Stempelabgaben 3,4
	Abbau Kantonsanteil Alkoholverwaltung 3,5
	Aufhebung der Brotpreisverbilligung 4,7

III. Die Betroffenheit bei einzelnen Abstimmungsvorlagen

Wie ein Blick auf Tabelle 3 zeigt, riefen die Umweltschutzvorlagen Betroffenheitswerte¹⁰ hervor, die im Spitzenfeld anzusiedeln sind. Nur die Vorlage „Demokratie im Nationalstrassenbau“ liegt im Mittelfeld. Damit wird sicher die Bedeutung unterstrichen, die weite Bevölkerungskreise dem Postulat Umweltschutz beimessen. Für eine differenzierte Betrachtung wurde die Betroffenheit nach den Merkmalen Stimmverhalten und Urnengang unterschieden. Tabelle 4 enthält diese Zahlen. Bei drei Initiativen fühlten sich die Ja-Stimmenden stärker betroffen als die Nein-Stimmenden. Eine Sonderstellung nimmt auch hier die Initiative für zwölf autofreie Sonntage ein: Dort fühlten sich Ja-Stimmende und Nein-Stimmende im Durchschnitt gleich stark betroffen. Damals hatte die Angst der Gegner um die Einschränkung der persönlichen Freiheit und vor Staatseingriffen für eine hohe Betroffenheit gesorgt. Auch bei der Atominitiative fühlten sich die Gegner stark betroffen. Es ist gezeigt worden¹¹, dass damals auch die Gegner der Initiative von starken Umweltbefürchtungen heimgesucht wurden und vor allem aus Angst um die Energieversorgung Nein stimmten.

Tabelle 4: Differenzierte Betroffenheit bei Umweltschutz-Initiativen

Vorlage	Betroffenheit			
	Urnengänger		Nicht-Urnengänger	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Albatros	6,0	4,8	5,4	4,4
Demokratie im Nationalstrassenbau	5,0	4,4	4,1	4,3
12 autofreie Sonntage	5,2	5,2	4,8	4,9
Atominitiative	6,7	5,7	5,4	4,8

10 Die entsprechende Frage lautet: „Wenn wir einmal ganz allgemein von Abstimmungen sprechen, wie gross sind letztlich die Auswirkungen eines Ja oder eines Nein auf Ihre Person? Sagen Sie es mir bitte mit Hilfe dieser Skala mit Zahlen von 1 bis 10. 10 bedeutet „sehr grosse/starke Auswirkung“, 1 bedeutet „sehr kleine/ganz schwache Auswirkung“, die übrigen Zahlen kennzeichnen Einflüsse mittlerer Stärke. Was meinen Sie . . . wie ist das bei den letzten eidgenössischen Vorlagen gewesen, bei . . .?“

11 VOX, Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Februar 1979, S. 13.

IV. Umweltschutz-Abstimmungen und Legitimität des politischen Systems

Zum Problemkreis der Legitimität wurden den Befragten jeweils drei geschlossene Fragen mit je zwei Antwortkategorien vorgelegt. Es muss betont werden, dass diese Fragen nicht auf einzelne Abstimmungsvorlagen bezogen, sondern allgemein gehalten waren. Es ist nichtsdestoweniger interessant zu eruieren, inwiefern sich Befürworter und Gegner von Umweltschutz-Vorlagen hinsichtlich dieser drei Ansichten unterscheiden. Tabelle 5 enthält die prozentualen Antworten.

Bei der Einschätzung der Bedeutung von Abstimmungen unterscheiden sich befürwortende und ablehnende Urnengänger nicht voneinander. Ein interessantes Indiz liegt bzw. fehlt hier am ehesten bei den Nicht-Urnengängern. Befragte, die nicht an der Abstimmung teilgenommen hatten, aber für die Initiativen gewesen wären, sind nicht signifikant weniger von der Wichtigkeit von Abstimmungen überzeugt als jene, die Nein gestimmt hätten (Bei der Albatros-Initiative traf sogar das Gegenteil zu). Daraus kann die Vermutung abgeleitet werden, dass jene, die zwar für den Umweltschutz sind, aber von Abstimmungen nichts halten und nur an direkte Aktionen glauben, quantitativ nicht ins Gewicht fallen.

Die Verlässlichkeit der Regierung wurde von Befürwortern der betrachteten Initiativen zwar geringer eingeschätzt als von deren Gegnern, doch nur im Falle der Albatros-Initiative war – schliesst man die verweigerten Antworten und „weiss nicht“ aus – eine knappe Mehrheit der Meinung, das Bundeshaus entscheide immer mehr gegen das Volk. Das herausragendste Resultat kam bei den Gegnern der Atominitiative zustande. Fast vier Fünftel von ihnen können sich meistens auf die Regierung verlassen.

Man kann jedenfalls festhalten, dass dieses Resultat nicht dadurch zustandekam, dass an diesem Abstimmungswochenende in besonderem Masse „regierungstreue“ Stimmbürger an die Urnen gegangen wären, denn sonst müssten unter den Nicht-Urnengängern diese Kategorie untervertreten sein.

Die Auswertung der Antworten auf die Frage nach dem Protest-Nein ist schwierig, denn in bezug auf die Initiativen stellt sich eher die Frage nach einem Protest-Ja: Hier zeigt sich deutlich die Problematik der Initiativen; wer gegen die Politik der Regierung, gegen die Vernachlässigung von Problemen stimmen will muss ein Ja einlegen.

Ein abschliessender Blick auf Tabelle 4 zeigt: Von den drei jeweils vorgelegten Fragen wurde durchaus und mit Abstand die Bedeutung von Abstimmungen am höchsten eingeschätzt. Hingegen waren durchschnittlich je etwas mehr als ein Drittel der Befragten der Meinung, im Bundeshaus werde immer mehr gegen das Volk entschieden und von einem Protest-Nein überzeugt. Die beiden Variablen „Verlässlichkeit der Regierung“ und „Nein als Protest“

Tabelle 5: Legitimität und Umweltschutz-Stimmverhalten

Frage	25. 9. 77		28. 5. 78		18. 2. 79	
	Urnengäng.	N. - Urneng.	Urnengäng.	N. - Urneng.	Urnengäng.	N. - Urneng.
Bedeutung von Abstimmungen						
„Es ist wichtig, dass man so oft als möglich an Abstimmungen und Wahlen teilnimmt. Wer nicht stimmt oder wählt, muss sich nicht wundern, wenn andere gegen seinen Willen entscheiden und handeln. Es kommt auf jede einzelne Stimme an!“	90	71	92	68	91	69
„Es kommt nicht darauf an, ob man an Abstimmungen oder Wahlen teil nimmt. Was auch immer dabei herauskommt ist unwichtig, da man mit uns trotzdem macht, was man will. Der Einzelne hat ja doch keinen Einfluss. ...!“	10	28	6	28	8	29
W. N./K. A.	0	1	2	4	1	2
Verlässlichkeit der Regierung						
„Ich kann mich meistens auf die Regierung im Bundeshaus verlassen. Sie handelt nach bestem Wissen und Gewissen, zum Wohle aller!“	47	50	56	52	50	54
„Im Bundeshaus wird immer mehr gegen und immer weniger für das Volk entschieden. Die Regierung kennt unsere Sorgen und Wünsche nicht mehr.“	48	46	33	40	42	41
W. N /K. A.	5	6	11	8	8	6
Nein als Protest						
„Mit einem klaren Nein kann ich Bern zeigen, dass endlich etwas geändert werden sollte und dass es so nicht mehr weiter geht.“	32	29	26	22	39	34
„Ein rein protestierendes Nein zeigt wenig Wirkung und ist sinnlos. Mit meiner Stimme will ich bewusst zur Willensbildung beitragen.“	65	62	66	67	58	59
W. N./K. A.	3	9	8	11	3	7

korrelieren untereinander kaum¹². Es handelt sich also um zwei voneinander verschiedene Dimensionen.

V. Schlussfolgerungen

- Auf der – hier ausschliesslich untersuchten – individuellen Ebene herrschen eher „klassische Konfliktfronten“ vor.
- Bei den vier Umweltschutz-Initiativen gab es kein einheitliches Stimmverhalten. Vielmehr spielte bei der einen das Argument persönlicher Freiheitseinschränkungen besonders in der Romandie eine wichtige Rolle.
- Die Gruppe der Postmaterialisten, wie sie Inglehart beschreibt, ist nicht klar identifizierbar. So spielte das Merkmal Alter kaum eine Rolle für das Stimmverhalten bei den Umweltschutz-Vorlagen. Obwohl gerade unter den Jüngeren mehr Postmaterialisten zu erwarten wären, war die Stellungnahme der einzelnen Altersgruppen kaum unterschiedlich. Am ehesten liessen sich die Postmaterialisten von der Bildung her erfassen: Absolventen von Gymnasien/Techniken sowie von Universitäten wiesen durchwegs höhere Ja-Anteile auf als die anderen Bildungsgruppen, unter denen Postmaterialisten weniger erwartet werden.
- Die Bedeutung des Umweltschutzes, gemessen als Betroffenheit der Befragten bei einzelnen Abstimmungsvorlagen ist hoch.
- Abschliessend kann festgehalten werden: Obwohl oder gerade weil sowohl die Parteien bezüglich Umweltschutz ein Repräsentationsdefizit aufweisen und die Regierung von Befürwortern der Umweltschutz-Initiativen als weniger verlässlich eingestuft wird als von Gegnern, dienen die Initiativen zu diesem Politikbereich dazu, den grünen Issue ins System der semi-direkten Demokratie zu integrieren. Sie setzen einerseits Regierung und Parlament unter Zugzwang, in diesem Bereich aktiv zu werden und tragen andererseits dazu bei, die Legitimität dieses Systems zu sichern.

12 Kanonischer Korrelationskoeffizient = 0.17, Wilks' Lambda = 0.97 gemäss Diskriminanzanalyse.